

AntragstellerIn: Peter Schanz (KV Waldshut), u.a.

KEINE WEITERE FLUGLÄRMBELASTUNG FÜR SÜDBADEN - NUN MUSS DER BUNDESVERKEHRSMINISTER FARBE BEKENNEN

1 Wir lehnen eine weitere Fluglärmbelastung in Südbaden durch das von der Schweiz vorgesehene neue Ostanflugkonzept ab. Nun muss Herr Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt
2 MdB Farbe bekennen: Er muss endlich die Interessen der Region und des gesamten Landes Baden-Württemberg gegenüber der Schweiz vertreten. Eine weitere Verlagerung von Fluglärm
3 nach Südbaden darf es nicht geben, genauso wenig wie weitere Änderungen der 220. Durchführungsverordnung (DVO) gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Südbaden.

4

5

6

7 Wir fordern daher Herrn Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt MdB auf, eine von der Schweiz beantragte Änderung der 220. DVO nicht zu genehmigen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie bei jeglichen Änderungen der 220. DVO das Land Baden-Württemberg
8 vorab informiert und einbindet.

9

10

11 Für unsere Politik ist die Stuttgarter Erklärung maßgebend. Der Landtag hat sich mehrfach und über die Fraktionsgrenzen hinweg auf die Umsetzung der Stuttgarter Erklärung festgelegt und für Entlastungsziele ausgesprochen. Im Vordergrund stehen daher Beschränkungen von Flugrouten, Deckelung der Anflüge auf 80.000 Flugbewegungen im Jahr, Auflösung des RILAX-Warteraumes und keine Abflüge über deutschem Gebiet.

12

13

14

15

16 Wir erkennen die uneingeschränkte Haltung der Landesregierung zur Stuttgarter Erklärung an und begrüßen es ausdrücklich, dass sie sich weiterhin beim Bundesverkehrsministerium dafür einsetzt.

17

18

19 Die Landesgruppen aller im Bundestag vertretenen Parteien fordern wir auf, sich mit Nachdruck beim Bundesverkehrsminister gegen eine weitere Verschiebung des Fluglärmes nach Südbaden einzusetzen und ihren Einfluss deutlich zu machen.

20

21

22 Von der baden-württembergischen CDU mit ihrem Landesvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Strobl und ihrem Landtagspräsidenten Wolf erwarten wir, dass sie endlich ihren vielfachen vollmundig vorgetragenen Versprechungen Taten folgen lassen und sich bei ihrem CSU Parteifreund Dobrindt mit der Forderung nach einer wirksamen Fluglärmelastung im Süden von Baden-Württemberg durchsetzen.

23

24

25

26

Der Antrag wurde:	Abstimmung:	Anmerkungen:
<input type="checkbox"/> befasst	abgegebene Stimmen: gültige Stimmen:	
<input type="checkbox"/> nicht befasst	Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:	

Begründung:

Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg haben bereits im Sept. 2014 vor einer Zunahme der Lärmauswirkungen in Südbaden durch den Flughafen Zürich gewarnt und sich gegen eine weitere Fluglärmbelastung stark gemacht.

Eine Änderung der 220. DVO im Sinne des von Schweizer Seite geplanten Ostanflugkonzepts hätte womöglich drastischere Folgen hinsichtlich der Flugverkehrsbelastung für Südbaden als der ausgehandelte, aber nicht ratifizierte und vom baden-württembergischen Landtag abgelehnte Staatsvertrag. Im Gegensatz zum Staatsvertrag, der durch den Bundestag ratifiziert werden müsste, könnte die Durchführungsverordnung ohne weitere Beteiligung alleine durch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt MdB umgesetzt werden

Die 4. Änderung der 220. Durchführungsverordnung (DVO) wurde bereits – gegen die Stellungnahme des Landes - im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und ermöglicht die Nutzung des GPS-Anflugsystems und womöglich die Einführung eines gekröpften Nordanflugs.

Wir kritisieren insbesondere den Umgang des Bundesverkehrsministers Dobrindt MdB mit den Interessen des Landes und der Region und erwarten von ihm, dass er alles dafür tut, dass die südbadischen Landkreise nicht noch zusätzlich belastet werden. Bislang hat das Bundesverkehrsministerium eine Geheimdiplomatie betrieben und weder dem Land noch den südbadischen Landkreisen den Sachstand der Gespräche zwischen den deutschen und Schweizer Flugsicherungsbehörden mitgeteilt. Wir fordern vollständige Transparenz und Informationen für die Bürgerinnen und Bürger.

AntragstellerInnen:

Peter Schanz (KV Waldshut), Ruth Cremer-Ricken (KV Waldshut), Cornelia Kunkis-Becker (KV Schwarzwald-Baar), Christian Kaiser (KV Schwarzwald-Baar), Dr. Christiane Kreitmeier, Günter Beyer-Köhler, Nese Erikli (alle KV Konstanz), Heike Hauk (KV Lörrach), Lüder Rosenhagen (KV Waldshut), Siegfried Lehmann (KV Konstanz), Reinhold Pix, (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Andreas Schwarz (KV Esslingen), Josha Frey (KV Lörrach), Thomas Marwein (KV Ortenau), Kerstin Andreea (KV Freiburg), Harald Ebner (KV Schwäbisch-Hall), Agnieszka Brugger (KV Ravensburg)